



EU-Grenzbefestigung in Ceuta

Veruntreuung vor aller Augen

Entwicklungsgelder werden zunehmend eingesetzt, um die EU-Außengrenzen nach Afrika zu verlegen und sich abzuschotten

SIGRUN MATTHIESEN

Fluchtursachenbekämpfung« ist auch so ein Wort. Nicht schön, aber vielleicht gut gemeint, klingt es nach langatmigen, mühevollen politischen Reformversuchen bei allem, was das Leben von Menschen zur Hölle machen kann. Von A wie Armut über G wie Gewalt, K wie Klimakrise, P wie Perspektivlosigkeit bis Z wie Zivildienst – die Lücken möge jede und jeder für sich selbst füllen.

In der EU-Kommission allerdings hat dieses Wort mittlerweile eine ganz eigene Bedeutung. Dort, wo es irgendwo im Keller, oder in der Aktentasche der Präsidentin, einen ortschönen Automaten zur Verrohung des Sprechens und Denkens geben muss, besteht die Ursache von Flucht darin, dass die Fliehenden nicht früh und gründlich genug aufgehalten werden. Koste es, was es wolle – und zwar vor allem Entwicklungshilfegelder.

Der Grundgedanke ist nicht neu, schon immer gab der Reiche den Armen gerne Almosen, um sie sich vom Leibe zu halten. Und europäische Staaten und die EU haben vom Beginn des Jahrtausends bis 2015 Regierungen in Afrika rund zwei Milliarden Euro bewilligt, um irreguläre Migration zu bekämpfen. Peanuts, in Relation zu den insgesamt 20 Milliarden, die Afrika im Jahresdurchschnitt an Entwicklungshilfe aus Europa bekam. Nachdem die europäische Migrationspolitik 2015 so unüberschaubar gescheitert war, dass selbst Angela Merkel rasch handeln musste, gab es dann kein Halten mehr. Die staatliche deutsche Entwicklungshilfeagentur GIZ konzentrierte sich bei ihrer Jahrespressekonferenz 2016 ausschließlich auf die Aktivitäten zur »Fluchtursachenbekämpfung«. Auf europäischer Ebene wurde das Rücknahmeabkommen mit der Türkei verabredet und 2017 ein »Nothilfefonds für Afrika« aufgelegt. Beides

finanziert mit umgeschichteten Entwicklungshilfegeldern und für Projekte, in deren Beschreibung »Fluchtursachenbekämpfung« häufig präziser als »Grenzertüchtigung« oder »besseres Migrations- oder Grenzmanagement« bezeichnet wird.

Simone Schlindwein und Christian Jakob haben in ihrem 2017 erschienenen Buch »Diktatoren als Türsteher Europas« umfassend belegt, wie die EU auf diese Weise ihre Grenzen nach Afrika verlegt. Gleichzeitig, so der Befund des Internet-Portals migration-control.info, zeige sich seither ein »fundamentaler Paradigmenwechsel bei der Entwicklungszusammenarbeit«, bei dem vor allem jenem »Nothilfefonds« (EUTF) eine entscheidende Rolle zukommt. Mit akribischen Quellennachweisen versehen, weist migration-control.info nach, dass von den rund fünf Milliarden Euro, die in den vergangenen fünf Jahren für den EUTF bereitgestellt wurden, 88 Prozent aus den Etats der EU-Entwicklungshilfe-Ministerien stammen: »Es handelte sich vor allem um eine Neustrukturierung der Entwicklungshilfe – nicht um zusätzliches Geld. Die Mittel kommen 26 afrikanischen Ländern zugute – ausschließlich solchen, von denen aus Europa geografisch für Migrant*innen erreichbar ist. Sie sind in drei Regionen, genannt »Fenster« aufgeteilt: Horn von Afrika (1.808 Millionen Euro), Nordafrika (900 Millionen Euro) und Sahel/Tschadsee (2.145 Millionen Euro). Die bislang 245 Maßnahmen werden von verschiedenen Implementierungspartner*innen umgesetzt, darunter die Entwicklungsagenturen der EU-Mitgliedstaaten, internationale und lokale NRO sowie internationale Organisationen oder UN-Agenturen. Die Schwerpunktbereiche der Maßnahmen sind »Rückkehr und Reintegration«, »Flüchtlingsmanagement«, »Sicherung von Dokumenten und des Personenstandswezens«, »Bekämpfung des Menschenhandels«, »Stabilisierungsbemühungen am Horn von Afrika« und »Unterstützung von Migrationsdialogen«.

Jeder dieser Bereiche ist weit mehr als ein Geschäftsfeld: Er ist die selbst im Neoliberalismus rare Möglichkeit, den Kuchen gleichzeitig zu haben, aufzufressen und dabei noch gut auszusehen. Menschen werden mit allen Mitteln in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt und so daran gehindert, in Europa ihre Rechte geltend zu machen oder auch nur ihr Glück zu versuchen. Wenn sie bei diesem »Migrations- und Grenzmanagement« ertrinken, verhungern oder erfrieren, passiert das in Zukunft aber nicht mehr vor der Haustür Europas. Vermieden werden also Fernsehbilder, die als »Schande Europas« selbst hartgesottene Berufspolitiker aus dem Tritt bringen und die Zivilgesellschaft in Rage. Stattdessen kann das mit der Türkei und jetzt auch Belarus schon erprobte Verantwortungsmodell »bedauerndes Schulterzucken und Fingerzeigen auf undemokratische Regime« ausgebaut werden.

Gleichzeitig wird durch »Grenzertüchtigung« ein riesiger neuer Absatzmarkt für europäische Firmen geschaffen. Über eine Milliarde Menschen in Afrika benötigen digital lesbare Dokumente – das sind Aufträge beispielsweise für die Bundesdruckerei oder die ebenfalls in Berlin ansässige Veridos Identity Solutions. Letztere kam seit 2016 zum Zug, nachdem das oberpfälzische Familienunternehmen Mühlbauer bei seinen lukrativen Geschäften mit der Regierung Ugandas unter Korruptionsverdacht geraten war. Mittlerweile, so ist bei migration-control.info zu lesen, gibt es ähnliche Vorwürfe auch gegen Veridos und deren Mutterkonzern G&D in München. Dabei ging es um Geschäfte mit Kamerun und Simbabwe. Verwunderlich ist das nicht, schließlich locken beachtliche Profite. Für die neuen biometrischen Dokumente braucht es Scanner, vernetzte Computer, Datenspeichersysteme. Insgesamt, so Berechnungen eines entsprechenden US-Marktforschungsinstituts, könne auf dem globalen Biometriemarkt im ▶